Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1924

27.10.1924 (No. 251)

Visual Library

№ 251 Montag, den 27. Oktober 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

## Amtlicher Teil

### Öffentliche Umzüge und Versammlungen

** Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der zivile Ausnahmezustand und damit auch das Verbot öffentlicher Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel aufgehoben worden. Den Ortspolizeibehörden obliegt jedoch nach wie vor die Verpflichtung, einschränkende Anordnungen für Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel dann zu treffen, wenn etwa aus verkehrspolizeilichen Gesichtspunkten Anlaß hierzu gegeben ist; ebenso bleibt die Pflicht des Ministers des Innern unberührt, zur Verhinderung ordnungswidriger Zustände auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des badischen Polizeirechts und der Reichsverfassung besondere Anordnungen im Einzelfalle zu treffen.

### Die Lage des Arbeitsmarktes

** Die Gesamtlage des badischen Arbeitsmarktes hat sich in der Woche vom 16. bis 22. Oktober weiter leicht gebessert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) ging neuerdings um 960 zurück, sie beträgt jetzt 19 360 gegenüber 20 320 am 15. Oktober. Gesunken sind auch die Zahlen der bei den Arbeitsnachweisen vorhandenen Arbeitsuchenden, und zwar von 35 269 am 15. Oktober auf 33 748 am 22. Oktober. Auf der andern Seite erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen von 2490 auf 2725. Auf 100 offene Stellen kommen am 22. Oktober 1740 männliche bezw. 721 weibliche Arbeitsuchende gegenüber 2249 männlichen bezw. 882 weiblichen Arbeitsuchenden am 8. Oktober.

In der Steinindustrie des Mosbacher Bezirks kommen, wenn auch in mäßigen Umfang, immer noch Entlassungen vor. Die Arbeitsmarktlage ist noch nicht befriedigend.

Die **metallverarbeitende Industrie** zeigte sich auch in der Berichtswoche im allgemeinen etwas aufnahmefähig. Da und dort konnten in der Maschinenindustrie Facharbeiter unterkommen. In Mannheim konnten günstigere Vermittlungsergebnisse für Elektromonteure erzielt werden. Nachfrage nach diesen Arbeitskräften besteht auch im Konstanzer Bezirk. In der Pforzheimer **Schmuckwarenindustrie** werden erste Arbeitskräfte für feine Juwelen und dünne Goldwaren noch dringend verlangt. Der Nachfrage steht ein Angebot nicht gegenüber, die Überarbeit besteht deshalb weiter. Verkürzt arbeiten noch 17 Betriebe mit 430 Personen. In der Schwarzwälder **Uhrenindustrie** ging die Kurzarbeit weiter zurück.

Im **Spinnstoffgewerbe** des Wiesentals besteht z. Teil ungedeckte Nachfrage nach jüngeren, besonders weiblichen, Arbeitskräften, desgleichen im Konstanzer Bezirk nach gelernten Strickern.

Die **Tabakindustrie** ist im allgemeinen etwas günstiger beschäftigt. In den hauptsächlichen tabakindustriellen Bezirken ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ziemlich stark zurück.

Das **Baugewerbe** hat noch Nachfrage nach Maurern, Gipsern und Malern. Im **Vervielfältigungsgewerbe** ist es ruhig, ebenso im **Gastwirtsgewerbe**. Im Baden-Badener Fremdengewerbe besteht noch ungedeckte Nachfrage nach Köchinnen.

Die Arbeitsmarktlage der **kaufmännischen und Büroangestellten sowie der Techniker** ist unverändert schlecht.

---

**Die Finanzlage der Reichspost.** Nach Informationen der Berliner Blätter befindet sich die Verwaltung der **Reichspost** in einem recht gesunden Zustande. Die ersten fünf Monate des Jahres hätten einen kassenmäßigen **Überschuß** von rund 50 Millionen ergeben, doch müßten noch große Lieferungen bezahlt werden, die demnächst fällig wären. Aus den Überschüssen sei zunächst ein Betriebsfonds gebildet worden, der bisher nicht bestanden habe. Ein Teil sei verzinslich angelegt worden. Je besser die Zinseinnahmen, desto niedriger könnten die Gebühren bemessen werden. Eine ziemlich erhebliche Ermäßigung der Scheckgebühren stehe bevor. Eine weitere Ermäßigung der Fernsprechgebühren sei geplant.

**Die deutsche Einheitskurzschrift.** Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Die preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden, nachdem eine Einigung sämtlicher deutscher Länder auf den Julientwurf von 1922 als Einheitskurzschrift zustande gekommen ist, in demselben Umfange, in dem dies bisher beabsichtigt war, die Einheitskurzschrift in den Schulunterricht einführen. Nach der im Reichsministerium des Innern getroffenen Vereinbarung ist der späteste Zeitpunkt der 1. April 1925. Es schweben zurzeit Erwägungen, ob die Durchführung bereits zu einem früheren Zeitpunkt möglich ist.

## Parteitagungen

Im Preußischen Landtag zu Berlin nahm am Sonntag der **Zentrumsparteitag** seinen Anfang, der vor allem dazu dienen soll, die inneren Gegensätze im Zentrum auszugleichen. Am Samstag Nachmittag fand eine Sitzung des Parteivorstandes, des Reichsparteiausschusses, der Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände und der Generalsekretäre statt. An den Beratungen nahm auch der Reichskanzler Dr. **Marx** teil. Seine Auffassung über die vom Zentrum einzuschlagende Politik läßt sich dahin zusammenfassen, daß das Zentrum eine ausgesprochene Partei der Mitte und des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs sein müsse, weshalb nur eine Regierungserweiterung nach rechts und links in Frage kommen kann. Auch im kommenden Reichstag werden für das Zentrum nur solche Parteien koalitionsfähig sein, die sich auf den durch die Annahme der Dawesgesetze gegebenen Boden der Tatsachen stellen und eine Gewähr dafür bieten, daß sie die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe ernstlich verteidigen.

In den Verhandlungen spielte vor allem die **bayerische Frage** eine Rolle, d. h. der Gegensatz zwischen der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei. Mit einer Verschmelzung der beiden Parteien ist trotz der beiderseitigen Bestrebungen wohl nicht zu rechnen und es käme nur eine Verständigung für die Wahlen in Frage. (In **München** tagte gleichzeitig der Parteitag der **Bayerischen Volkspartei**, der mit der Zentrumsparteileitung in Berlin in dauernder telegraphischer Verbindung stand. Beschlüsse wurden nicht gefaßt). Die Zentrumsdelegierten beschäftigten sich weiter mit der Vorbereitung des Wahlaufrufes und die Organisierung der Neuwahlen für den Reichstag und den preußischen Landtag. Am heutigen Montag steht an erster Stelle der Verhandlungen eine Rede des Reichsparteivorsitzenden, Reichskanzler Dr. **Marx**.

*

Die **Demokratische Partei Württembergs** hielt am Sonntag in **Stuttgart** einen Vertretertag ab. Die beiden bisherigen Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Ing. **Wieland** und Dr. Theodor **Heuß** sprachen über die wirtschaftliche und politische Situation. Die Versammlung stimmte ihren Ausführungen zu und nahm als Ergebnis der sehr lebhaften Diskussion eine Entschließung an, in der in voller Einmütigkeit die Entscheidung der Fraktion und des Parteivorstandes in der letzten Regierungkrise gebilligt wird. Als **Kandidaten** für die bevorstehende Reichstagswahl wurden an erster und zweiter Stelle wieder die bisherigen Abgeordneten Geheimrat Dr. **Wieland** und Dr. Theodor **Heuß** einstimmig unter lebhaftem Beifall nominiert. An dritter Stelle steht Landtagsabgeordneter Flaschnerobermeister **Henne**, an vierter Stelle Fräulein Elise **Eberhardt**, die als Geschäftsführerin eines Handlungsgehilfenverbandes die Arbeitnehmer vertritt.

*

In **München** trat am Sonntag der Landesausschuß der **deutsch-demokratischen Partei in Bayern** zu einer Sitzung zusammen, zu der auch die beiden Reichsminister **Geßler** und **Hamm** sowie der Reichsminister a. D. **Koch** erschienen waren. Geßler vertrat die Anschauung, daß man die Deutschnationalen zur Verantwortung in der Regierung zwingen müsse. Die demokratische Partei müsse die Politik der Mitte weiterführen. Die deutsch-demokratische Partei in Bayern müsse der bürgerliche Block gegen den Partikularismus sein. Reichsminister a. d. **Koch** betonte, daß die Partei heute keine einseitige Verbraucherpolitik, sondern Produzentenpolitik, die zugleich die beste Verbraucherpolitik sei, treiben werde. Reichsminister **Hamm** wies u. a. darauf hin, daß zwischen den Begriffen demokratisch und liberal sehr oft nur künstliche Gegensätze geschaffen würden.

Das Ergebnis der Sitzung wurde in **zwei Resolutionen** festgelegt, in denen zum Ausdruck kommt, daß die deutsch-demokratische Partei die von der Reichstagsfraktion seit Jahren verfolgte Politik **gebilligt** wird. Der Landesausschuß dankt der Reichstagsfraktion dafür, daß sie nicht die Hand zur Sabotierung ihrer Politik durch den Eintritt der Deutsch-Nationalen in die Regierung geboten habe. Der Landesausschuß habe aus den Darlegungen Geßlers mit Genugtuung entnommen, daß keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der deutsch-demokratischen Partei bestehe und dankt ihm, wie auch dem Reichsminister Hamm und dem Abg. Sparrer dafür, daß sie trotz abweichender Meinung in der Frage der Taktik der Partei die Treue gehalten haben.

*

Die **bayrische Landesvertretertagung des Völkischen Blocks in München** faßte eine Entschließung über den **Ausschluß Essers und Streichers** aus der völkischen Partei. Für die Partei wurde eine neue Bezeichnung „Völkischer Block, Nationalsozialistische Bewegung Großdeutschlands, **Landesverband Bayern**" gewählt. Alle zu dieser Organisation nicht gehörigen Gruppen wie die Großdeutsche Volksgemeinschaft werden von der Partei nicht anerkannt.

*

Im Rahmen des **Thüringer Parteitags der deutschen Volkspartei in Mühlhausen** (Thüringen) sprach Dr. **Stresemann** in einer Versammlung über die politische Lage. Seine Ausführungen bewegten sich in den Gedankengängen der in Frankfurt a. M. abgegebenen programmatischen Erklärungen. Bei den Ausführungen über die letzten innerpolitischen Vorgänge wandte sich Stresemann gegen die von dem Führer der demokratischen Partei **Erkelenz** in Hamburg abgegebenen Erklärungen. Wenn die Berichte über diese Rede zutreffend seien, dann könnte Erkelenz gar nicht die bisherige Regierungspolitik weiter verfolgen. Er proklamiere den Anschluß der Demokratie nach links, unter Ausschluß aller derjenigen Parteien, die rechts vom Zentrum stünden. Man werde abzuwarten haben, ob der demokratische Parteitag sich auf denselben Boden stelle. Für die deutsche Volkspartei komme keine andere Parole in Frage, als diejenige, die sie bisher ausdrückte, nämlich die **Führung der Mitte** unter Anschluß der staatsbejahenden bürgerlichen Kräfte, nachdem die Sozialdemokratie die andere Lösung ablehnte. Einem prinzipiellen Ausschluß der Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern lehne die deutsche Volkspartei ab; sie könne aber nicht an der Tatsache vorbei, daß sowohl die große Koalition im Reiche, als auch die große Koalition in Sachsen durch das Treiben der Linkskräfte in der sozialdemokratischen Partei gesprengt bezw. gefährdet und erschüttert worden sei. Gegenüber den Behauptungen von der „halbkonservativen Partei" sei und bleibe die deutsche Volkspartei eine **liberale Partei**, die weder mit dem Klassenhaß, noch mit dem Rassenhaß etwas zu tun hätte, die ihren Wahlkampf selbständig führe und ihre bisherige Politik beibehalte.

*

Nach dem Ergebnis des **sächsischen sozialdemokratischen Landesparteitags**, der am Sonntag in **Leipzig** abgehalten wurde, ist es nunmehr so gut wie sicher, daß **Sachsen** gleichzeitig mit den Reichstagswahlen zu **Neuwahlen** des Landtags schreiten wird. Einstimmig wurde eine Resolution, in der die sofortige Auflösung der Landtags gefordert wird, angenommen. Die Landtagsfraktion wird verpflichtet, die Auflösung so zu betreiben, daß die Wahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am **7. Dezember** stattfinden können. Der Parteitag empfiehlt die bisherigen Abgeordneten wieder aufzustellen, soweit nicht in einzelnen Fragen besondere Bedenken, vor allem solche im Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen.

Eine im Namen aller **sozialdemokratischen Minister** vom Ministerpräsidenten **Heldt** abgegebene Erklärung, daß seine Kollegen und er die Koalition im Interesse der Arbeiterschaft gebildet hätten, und daß sie überzeugt seien, noch heute zu Gunsten der Arbeiterschaft auf ihrem Posten zu stehen, wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Der frühere thüringische Minister **Frölich** beglückwünschte den Parteitag zu seinem Beschluß und sprach die Hoffnung aus, daß man auch in **Thüringen** wählen könne.

## Politische Neuigkeiten

### Aufhebung des Ausnahmezustandes

Auf Vorschlag des Reichskabinetts hob der Reichspräsident, die bisher auf Grund der Verordnung vom 28. Februar und ihrer Ergänzungen bestehenden **Ausnahmezustandsbedingungen** durch eine Verordnung vom 25. Oktober, die am Tage nach der amtlichen Verkündung, also am **27. Oktober**, in Kraft tritt, auf. Damit sind die in diesen Verordnungen ausgesprochenen Beschränkungen für das Presserecht, für das Vereins- und Versammlungsrecht usw. weggefallen. Die Reichsregierung hofft, daß die von ihr wiederhergestellte Freiheit namentlich des Versammlungsrechts nicht erneut zu Störungen führt, und daß der bevorstehende **Wahlkampf** von allen Parteien in einem Rahmen geführt wird, der Erschütterungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vermeidet.

Die vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Bestimmungen der §§ 2 bis 5 der Verordnung über Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und über die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Sei- (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 429) und vom 17. Juni 1924 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 655) werden aufgehoben. Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zur Entscheidung über anhängige Beschwerdesachen bleibt unberührt.

*

Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Das preußische Innenministerium hat zur polizeilichen **Sicherung der Wahlvorbereitungen und Wahlen** in einer Rundverfügung an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeiverwaltungen es den Polizeiverwaltern erneut zur Pflicht gemacht, allen Störungsversuchen mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Notwendigkeit der wirksamen Durchführung dieser Anordnung gestattet es nicht, die Kräfte der Polizei zu verzetteln durch Sicherung von Umzügen oder Versammlungen unter freiem Himmel, die sich in den letzten Monaten durch das Auftreten von verschiedenen Organisationen in Form von Fahnenweihen, Deutschen Tagen, Republikanischen Tagen usw. beträchtlich vermehrten. Der Minister, der übrigens vor einigen Wochen schon beim preußischen Staatsministerium im Sinne einer Aufhebung der Verordnung durch den Reichspräsidenten vorstellig geworden war, wird aus den vorstehenden Gründen seine **eigene Verordnung** vom 24. Juli 1923 bis zum Wahltage **aufrecht erhalten**. Die Verordnung, die während der Geltungsdauer des Ausnahmezustandes ihre Bedeutung verloren hatte, beschränkt sich auf das **Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel** und hat sich bisher, besonders in bewegten Zeiten, als eine wirksame Vorbeugungsmaßnahme im Interesse aller Parteien erwiesen.

### Das Urteil in dem Prozeß gegen die Organisation Consul

das am Samstag vom Staatsgerichtshof in Leipzig gefällt wurde lautet: Hoffmann, von Killinger und Kautter wurden zu je **acht Monaten Gefängnis** verurteilt. **Henkel und Krebs** erhielten je **6 Monate Gefängnis**. Von Ehrentraut und Viebig wurden zu **5 Monaten Gefängnis** verurteilt. Henrich, Schieder, Siebeg, Brören und Mahn erhielten 4 Monate Gefängnis. Freiherr von Zedlitz-Neukirch und **Koppe** je 3 Monate Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen Ge-

**heimbündelei.** Wegelin wurde wegen Geheimbündelei und unbefugten Waffenbesitzes mit **5 Monaten Gefängnis** bestraft. Den Verurteilten wird ein Teil der Untersuchungshaft angerechnet.

In der Begründung ging der Vorsitzende **Niedner** auf die Entstehung der O. C. ein und führte aus, daß den ehemaligen Angehörigen der Marinebrigade im Frühjahr 1921 ein stärkerer Zusammenschluß wünschenswert war; außenpolitisch sei dafür der dritte polnische Aufstand und innenpolitisch der mitteldeutsche Aufstand maßgebend gewesen. Die Organisation habe damals schon eine Zeitschrift, Wiking, herausgegeben, deren Inhalt zweifellos erkennen lasse, daß ein Kampf gegen die Regierung, wenn auch nur in Wort und Schrift, energisch geführt werden sollte. Im Juni 1921 wurde dann die eigentliche Organisation Consul gegründet. Der Gerichtshof habe sich auf den Standpunkt der Verteidigung gestellt, daß die Satzungen damals nur ein Entwurf gewesen seien. In den Satzungen sei aber nur das schriftlich niedergelegt worden, was tatsächlich die Bestrebungen der O. C. waren; sie seien also gewissermaßen ein Niederschlag dieser Bestrebungen gewesen. Die Organisation wurde als eine **Geheimorganisation** bezeichnet, die eine Macht werden solle, um im gegebenen Moment zur Stelle zu sein; ein weiteres Ziel sei der Kampf gegen die Weimarer Verfassung. Die den Verrätern angedrohte **Fehme** sei nach der Überzeugung des Gerichts mehr als eine exclusio cum infamia, sie bedeute vielmehr, daß ein Verräter damit rechnen könne, mit dem Tode bestraft zu werden. Entsprechend dem Satzungsentwurf habe sich die O. C. in der Folgezeit weiter betätigt, wie dies namentlich aus dem „Wiking" hervorgeht. Es bestanden drei Abteilungen: Für allgemeine Fragen unter Hoffmann; für militärische Fragen unter Killinger und für Pressefragen unter Kautter. Die Angeklagten seien sämtlich als Teilnehmer an einer **geheimen Verbindung** im Sinne des § 128 anzusehen; nur soweit ihnen das subjektive Bewußtsein gefehlt habe, an einer geheimen Verbindung teilzunehmen, mußten sie freigesprochen werden. Bei den Angeklagten Hoffmann, Killinger, Kautter und Müller komme erschwerend hinzu, daß sie die Gründer und Vorsteher der O. C. gewesen seien. Im übrigen sei bezüglich des Strafmaßes zu erwägen gewesen, daß die Verhandlung nicht ergeben habe, ob die O. C. etwa hochverräterische Pläne verfolgt habe oder eine sogenannte Mörderzentrale gewesen sei. Die **Erzbergermörder** seien aber tatsächlich Mitglieder der O. C. gewesen, ebenso einer der **Rathenaumörder** und auch die Fäden des **Scheidemann-Attentats** hätten dorthin geführt. Weiterhin sei zu berücksichtigen gewesen, daß die O. C. eine sehr staatsgefährliche Verbindung gewesen sei. Die Angeklagten seien sich dieser Tatsache auch voll bewußt gewesen. Wenn auch der Vorwurf einer Mörderzentrale sachlich durchaus unberechtigt sei, so sei doch durch die Verhetzung, wie sie seitens der O. C. gegen die Regierung getrieben wurde, eine Atmosphäre mit geschaffen worden, in der sich solche Existenzen wie die Erzbergermörder und die Scheidemann-Attentäter entwickeln konnten. Zugunsten der Angeklagten mußte gewürdigt werden, daß sie in hervorragender Weise im Dienste des Vaterlandes tätig gewesen seien und auch zum Schütze der gegenwärtigen Regierung ihre Haut zu Markte getragen hätten. Immerhin konnte der Gerichtshof diesen Milderungsgründen nicht überwiegende Bedeutung beilegen, wie dies die Reichsanwaltschaft getan habe, denn der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik habe die Verpflichtung, die Autorität der Verfassung und der Regierung zu wahren.

## Ein republikanischer Tag in Potsdam

In **Potsdam** veranstaltete am Sonntag das Reichsbanner Schwarzrotgold, Ortsgruppe Berlin-Brandenburg, hier einen republikanischen Tag. Ministerpräsident a. D. Dr. **Stalling** erklärte, daß die Potsdamer Fahnenweihe den Staatsgedanken fördern wolle und daß das Reichsbanner gegenüber der Unduldsamkeit den Geist der Menschenrechte und Nächstenliebe verträte. Das Reichsbanner strebe dahin, daß der Gedanke „nie wieder Krieg" in die Herzen einziehe. Nach dem Abg. Dr. **Lammerich**, der in Vertretung des verhinderten früheren Reichskanzlers Dr. Wirth sprach, hielt Oberarchivrat Professor Dr. **Bergsträßer** die Weiherede. Er führte aus, das Banner Schwarzrotgold versinnbildliche den deutschen Einheitsgedanken und den großdeutschen Gedanken. Die Farben des Banners seien das Symbol des einigen freien deutschen Volksstaates. Während des Festaktes wurden durch das Glockenspiel der Garnisonkirche Choräle, das Deutschlandlied und andere vaterländische Weisen ausgeführt. Beim Umzug durch die Stadt kam es zu **Zusammenstößen** mit Angehörigen rechtsstehender Verbände.

*

WTB. **Berlin**, 27. Okt. Über die Vorgänge nach der gestrigen Fahnenweihe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" in Potsdam kann zusammenfassend gesagt werden, daß es nach der Feierlichkeit an **drei verschiedenen Stellen** der Stadt zu **Zusammenstößen** zwischen den Teilnehmern an der Festlichkeit und Mitgliedern rechtsstehender Parteien gekommen ist. Insgesamt 8 **Personen wurden verletzt**, die man entweder ins Krankenhaus oder nach der Rettungsstelle brachte. Sie konnten aber wieder entlassen werden. — Ferner wurden insgesamt **20 Personen** fistiert und festgesetzt, die den polizeilichen Anordnungen keine Folge geleistet hatten.

## Die Wahlen in Hamburg

Die Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft am Sonntag brachten in den 590 Wahlbezirken des Stadtgebiets folgende Ergebnisse: Demokraten 60 069, Sozialdemokraten 162 593, D.Vpt. 66 026, Völkische 12 858, Kommunisten 75 190, Zentrum 8656. Deutschnationale 84 348. Es fehlen die Ergebnisse aus 59 Wahlbezirken des Landgebietes.

Das Charakteristische dieser Wahl ist, daß die äußerste Rechte eine große Niederlage erlitten hat. So haben die Völkischen einen Verlust von 70 bis 75 Prozent gegenüber den Reichstagswahlen, die Deutschnationalen einen Verlust von 25 Prozent zu verzeichnen. Den Demokraten konnte unter Berücksichtigung der um 10 Prozent schwächeren Wahlbeteiligung die Mandatszahl von 1923 erhalten bleiben. Auch der starke Rückfluß der Kommunisten zu den Sozialdemokraten verstärkt die Stellung der Mittelparteien, deren Mandatszahl zusammengerechnet durch die Stimmverschiebungen seit den Wahlen aus dem Januar 1921 jedoch nicht mehr die absolute Mehrheit im Senat hat. Bei der Reichstagswahl am 4. Mai hatten erhalten: Dem. 77 357. D.Vp. 68 988, Dn. 114 498, Z. 9239, Soz. 162 315, Komm. 110 933 und die Völkischen 36 123 Stimmen.

---

**Das Comitee für die Sachlieferungen.** Nachdem die **Reparationskommission** zu Mitgliedern des Sonderkomitees für die **Sachlieferungen** (Anlage 2, 3 des Londoner Abkommens) den Franzosen Aron, den Belgier Vemelmans, den Engländer Urwick und den Italiener Laviosa ernannt hat, sind als **deutsche Mitglieder** der Präsident des Reichskommissariats für Reparationslieferungen **Cuntze**, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium **Schäffer**, Oberregierungsrat bei der Kriegslastenkommission **Litter** und Baurat Dr. **Riepert**, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ernannt worden. Das Komitee nimmt seine Arbeiten voraussichtlich Anfang November auf.

## Kurze Nachrichten

**Der Finanzausschuß des württembergischen Landtages** tritt am 30. Oktober nachmittags zur Einzelberatung des Etats zusammen. Man hofft mit dieser Beratung in der Zeit bis zu den Reichstagswahlen (7. Dezember) fertig zu werden. Bereits am 9. Dezember soll dann das Plenum wieder zusammentreten, um, wenn nötig in Doppelsitzungen den Etat vor Weihnachten zu erledigen.

**Der Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten.** Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers wird den **Beamten im Reich** mit Wirkung ab 1. November auf Grund des neuen Ortsklassenverzeichnisses ein anderweitig bemessener Ortszuschlag (Wohnungsgeldzuschuß) gezahlt. Für die preußischen Beamten und Angestellten wird die gleiche Regelung getroffen.

**Zusammenstöße in Schlesien.** Am Sonntag kam es in **Striegau** (Schlesien) zwischen Stahlhelmleuten und Mitgliedern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu ernsten Zusammenstößen. Auf beiden Seiten gab es **Schwerverletzte.** Der Polizei gelang es erst nach Einsatz starker Kräfte, die aus Jauer herbeigeeilt waren, die Ruhe wiederherzustellen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

**Das frühere Kronprinzenpaar** hat nach dreitägigem Aufenthalt in München am Sonntag Abend die Rückreise nach Oels angetreten.

**Der Erzbergermörder.** Wie die Budapester Blätter melden, ist die Ausweisung des gegenwärtig in polizeilicher Verwahrung befindlichen Erzbergermörders Schulz bereits beschlossen. Nach Verkündigung des betreffenden Bescheides wird er wahrscheinlich schon am heutigen Montag an die Grenze gebracht, von wo er die Reise nach der **Türkei** fortsetzen kann. Schulz hat, wie er behauptet, Aussicht als Offizier in den Dienst der türkischen Armee treten zu können.

**Der Volksentscheid in Braunschweig.** In einer Zuschrift an den „Allgemeinen Anzeiger" erklären die vier unter dem Antrag auf Volksentscheid wegen Auflösung des braunschweigischen Landtags stehenden **bürgerlichen Parteien**, daß durch die Hinausschiebung des Wahltagtermins auf den 30. November dieser Volksentscheid für sie wertlos gemacht werde. Sie fordern unter diesen Umständen ihre Mitglieder und Wähler auf, am 30. November, dem Tage des Volksentscheids, der **Wahlurne fern zu bleiben.**

**Die Mandatskommission des Völkerbundes** prüfte am Samstag den Bericht über das **englische Togomandat.** Der Vertreter der englischen Regierung **Newlands** teilte dabei mit, daß seit dem 1. April 1924 an Stelle aller deutschen Gesetze für das Togogebiet die Gesetzgebung der benachbarten Goldküste getreten sei. Ähnlich wie bei der Debatte über Kamerun wies die Mandatskommission auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Ärzte auch für das Togogebiet hin.

---

# Badischer Teil

## „Landtagswahlen auch in Baden?"

A Im 2. Morgenblatt der „Frankf. Zeitung" vom gestrigen Sonntag war zu lesen: „Das badische Staatsministerium hat beschlossen, dem am 7. November zusammentretenden Landtag den Antrag auf **Auflösung des badischen Landtages** und Vornahme der Neuwahlen zugleich mit der Reichstagswahl zu unterbreiten".

Diese Meldung trifft **nicht** zu; ein solcher Beschluß ist vom badischen Staatsministerium **nicht** gefaßt worden. Die Parteien des Landtages würden dazu auch gehört worden sein. — Zu der Sache selbst liegen einige Pressestimmen vor. Die „**Südd. Ztg.**" hat Bedenken wegen der technischen Seite der Angelegenheit, der „**Volksfreund**" tritt für die Auflösung des Landtages ein, ebenso der deutschnationale Stadtrat v. **Chrismar** in Freiburg. Er schrieb in der „**Breisgauer Ztg.**":

„Auch bei uns in **Baden** muß im Jahre 1925 der **Landtag neu gewählt** werden. Wird man auch bei uns so vernünftig sein, den jetzigen Landtag früher seinen Lebenslauf abschließen und den neuen Landtag gelegentlich der Reichstagswahlen gleich mit wählen zu lassen? Das würde dem badischen Volk viel Geld, viel unnötige Aufregung und unproduktive Arbeit ersparen."

Die „**Südd. Ztg.**" bemerkt zunächst, daß die Oppositionsparteien: Landbund, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale nur dann für die Auflösung wären, wenn die jetzige Koalition in Baden gesprengt würde. Sozialdemokratie und Demokratie würden sich wahrscheinlich einer vorzeitigen Landtagsauflösung widersetzen. Dann heißt es weiter:

„**Die ganze Frage ist aber in der bis zum 7. Dezember zur Verfügung stehenden Zeit, rein technisch betrachtet, unlösbar.** Von den Parlamenten sämtlicher deutscher Länder hat sich der badische Landtag verfassungsmäßig am stärksten vor vorzeitigen Auflösungsgelüsten gesichert, d. h. eigentlich kann der Landtag auf dem Wege der geltenden Verfassung überhaupt nicht aufgelöst werden Die Verfassung schreibt vor, daß die Regierung den Landtag dann aufzulösen habe, wenn mindestens 80 000 Wähler dies verlangen und eine darauf zu veranstaltende Volksabstimmung sich diesem Begehren mit der Mehrheit der stimmberechtigten Staatsbürger anschließt. Ohne eine großzügig eingeleitete und durchgeführte Propaganda ist weder die Sammlung der 80 000 Unterschriften, noch eine Volksabstimmung, in der über die Hälfte aller Stimmberechtigten (nicht nur der Abstimmenden) zustimmt, nicht zu erreichen. Es fehlt durchaus an einem zugkräftigen Grunde, ganz abgesehen von der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Denkbar wäre, daß auf dem **Wege der Verfassungsänderung** der Landtag sich das Recht zubilligen würde, sich unter den gegebenen Umständen selbst aufzulösen. Bestrebungen in dieser Richtung sind im Gange. Zu einer Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmajorität nötig bei Anwesenheit von mindestens drei Vierteln der Abgeordneten, sodann hat wieder Volksabstimmung stattzufinden, bei der eine Zweidrittelmajorität der Abstimmenden vorgeschrieben ist. Auch an diesen Weg kann bis zum 7. Dezember nicht gedacht werden, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil es genügen würde, wenn die Sozialdemokraten und Demokraten den Saal verlassen, um die nötige Anwesenheit von drei Vierteln der Abgeordneten zu verhindern."

Der „**Volksfreund**" begründet seinen Standpunkt wie folgt:

„Einer Verbindung der beiden Wahlen stehen unstreitig gewisse Bedenken entgegen. Aber wir glauben, daß stärkere politische Gründe dafür sprechen, auch in Baden die Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zu verbinden. Unseres Erachtens sollen die Koalitionsparteien in Baden einfach die Initiative zu einem solchen Schritt ergreifen. Am 7. November tritt der Landtag zusammen, um zunächst die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen. Nach der noch bestehenden Vereinbarung wird dieser Wahlakt mit der Wahl des Demokraten Dr. Hellpach zum Staatspräsidenten enden. Dann kann der Landtag durch ein Gesetz selbst seine Auflösung beschließen und wenn, was wir im Augenblick nicht zu prüfen vermögen, dazu eine verfassungsmäßige Mehrheit notwendig sein sollte, wird diese sich sicher finden. Die Koalitionsparteien in Baden haben wirklich keinen Anlaß, in Verbindung mit den Reichstagswahlen gleichzeitige Landtagswahlen zu scheuen. Die Koalitionspolitik in Baden kann auf eine fünfjährige Tätigkeit zurückblicken, die durchaus dem kritischen Urteil Stand zu halten vermag. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß sich die Verkoppelung von Reichstags- und Landtagswahlen, oder die von Landtags- und Gemeindewahlen, wenigstens bisher nicht in dem Maße bewährt hat, wie man es in früheren Fällen erwartet hatte. Was aber bisher nicht war, kann ja mit der Zeit werden."

---

## Die badischen Parteien und die Reichstagswahlen

### Die sozialdemokratischen Spitzenkandidaten

Am Sonntag fand, wie der Karlsruher „Volksfreund" mitteilt, eine **sozialdemokratische Kreiskonferenz** des 5. badischen Landtagswahlkreises statt, der von ca. 80 Parteidelegierten besucht war. Über Organisatorisches zur Reichstagswahl und die **Aufstellung der Kandidaten** sprach Parteisekretär Gen **Trinks.** Er teilte mit, daß der Kreisvorstand wiederum die Gen. **Schöpflin**-Karlsruhe und **Graf**-Pforzheim vorschlage. Der Vorschlag des Kreisvorstandes wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag der Delegierten von Durlach, an die vierte Stelle der Wahlliste eine Frau zu stellen und zwar Frau **K. Fischer**-Karlsruhe, wurde gleichfalls angenommen, ebenso der Wunsch der Pforzheimer Parteigenossen, den Kandidaten von Pforzheim an die vierte Stelle zu setzen, dem badischen Parteitag übermittelt werden. Über die **Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl** sprach sodann Abg. **Schöpflin.** Der Redner setzte einleitend auseinander, daß die Reichstagswahlen im Dezember unter günstigeren taktischen und politischen Verhältnissen vor sich gehen, als die Wahlen im Mai. Man könne einen Erfolg der Sozialdemokratie voraussagen. Ein abermaliger Wahlerfolg des Rechts- und Linksradikalismus in Deutschland würde viel von dem wieder zerstören, was über London und Genf unter tätiger Mitwirkung von Macdonald und Herriot aufgebaut worden ist. Wirklich friedliche Verhältnisse in Europa sind nur von dem gesicherten Boden der Demokratier aus zu schaffen. Ein abermaliger Wahlerfolg der Rechtsparteien müßte zwangsläufig innerpolitisch eine außerordentlich gefährliche Situation schaffen. Ein abermaliger Wahlerfalg der Rechten würde sich zugunsten der stark tätigen monarchistischen und reaktionären Kräfte auswirken. Auf eine Anfrage wegen der Meldung der „Frankf. Ztg." über die Verbindung der **badischen Landtagswahlen** mit den Reichstagswahlen erklärte der Redner für seine Person, daß unter den einmal gegebenen Umständen es richtig sein werde, wenn die Koalitionsparteien die Initiative der Auflösung des Landtags ergreifen, also am 7. Dezember auch Neuwahlen für den Landtag herbeiführen.

### Prof. Curtius Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei

**Der Landesausschuß der deutschen Volkspartei,** der am gestrigen Sonntag in Karlsruhe unter dem Vorsitz des badischen Parteichefs, Landtagsabg. Prof. **Weber,** vollzählig zusammentrat, um zu der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, hat den bisherigen Abgeordneten Dr. **Curtius** einstimmig wieder zum Führer der badischen Liste nominiert. Dr. Curtius hat die Spitzenkandidatur angenommen. Die von Generalsekretär **Bumann** gemachten Vorschläge zur Taktik und Organisation des Wahlkampfes wurden ebenfalls einmütig angenommen. Die Gründung der Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Steuerpolitik, die auf dem Boden der Deutschen Volkspartei und als Glied des Reichsausschusses für Handel und Industrie arbeiten wird, würde vom Landesausschuß in ihrer neuen Verfassung bestätigt.

*

Prof. Dr. **Curtius** sprach am Samstag in einer Versammlung dieser Partei im Eintrachtsaal zu **Karlsruhe.**

Nachdem er ein Bild des Reichstags gegeben hatte, der zwar erfolgreiche Arbeit geleistet habe, aber unter dem Mangel an Disposition und Organisation und der Ungewißheit, Unklarheit und Unsicherheit unserer ganzen politischen Verhältnisse litt, überdies unter unwürdigen Ausschreitungen in den Vollversammlungen, wies er darauf hin, daß jetzt eine erhebliche **Verwirrung im Volke herrsche über das, was eigentlich los sei.** Zunächst müsse nach der **negativen** Seite festgestellt werden, daß die jetzige Krise und die Auflösung nicht in der Außenpolitik wurzele, deren wesentliche Richtlinien im allgemeinen festliegen. Der **Dawesplan** mußte angenommen werden, weil wir sonst den einzigen Augenblick verpaßt hätten, wieder in der Weltpolitik hinzukommen und Rhein und Ruhr zu befreien. Selbst große Kreise der Deutschnationalen haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Nicht so fest liege der Eintritt in den **Völkerbund.** Die Reichsregierung habe unter den bekannten Bedingungen ihre Bereitwilligkeit erklärt und auch hier werde auf einer mittleren Linie eine Einigung möglich sein. Aber es seien auch nicht sachliche Fragen der **Innenpolitik** und große innerpolitische Probleme die Schuld. hätten. Es handle sich um Fragen, bei denen sämtliche Parteien in sich selbst gespalten und die überhaupt nicht nach Parteilinien zu lösen seien, sondern nur künstlich aufgebauscht und zu Parteischlagworten gemacht würden, wie die Aufwertungsfrage, die Zollvorlage, des Washingtoner Abkommens und der 8-Stundentag. Worum sich der Kampf drehe, seien nicht Fragen der äußeren und sachlichen Fragen der inneren Politik, sondern es handle sich um **Methoden der Politik, um Taktik, um reine Machtkämpfe.** Seit 1920 haben wir nur eine einzige Mehrheitsregierung im Reichstag gehabt. Die anderen Regierungen waren Minderheitsregierungen und deshalb sei das deutsche Volk von einer Krise in die andere hineingestürzt. Die große Koalition sei durch die Schuld der Sozialdemokratie zusammengebrochen und es wurde immer klarer, daß nach rechts eine tragfähige bürgerliche Mehrheit gesucht werden müsse. Der deutschen Außenpolitik drohe dadurch keine Gefahr. Vom Standpunkt des Auslandes bestehe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das größte Interesse, auch die Deutschnationalen mit in den Nexus des Dawesplanes hineinzuziehen, denn es sei nicht zu vergessen, daß in dieser Partei ein großer Teil der deutschen Landwirtschaft und auch sonst große wirtschaftliche Kräfte vertreten seien. Auch in innerpolitischer Hinsicht müsse, wer für die Republik als solche kämpfe, doch mit beiden Händen zugreifen, wenn die Deutschnationalen sich auf den Boden der Verfassung stellten und verantwortlich mitarbeiten wollten. Diese Auffassung hätten auch Zentrum und Demokraten nach der Wahl im Mai dieses Jahres einmütig vertreten. Das Zentrum war sogar bereit, ohne die Demokraten allein mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden. Wäre es wegen des Dawesplanes zur Auflösung gekomen, so wäre dies ein reiner Wahlspaziergang geworden.

Nachdem der Redner ausgeführt hatte, daß die Regierung nicht weiter mit wechselnden Mehrheiten arbeiten konnte, daß die große Koalition der Volksgemeinschaft, bei der übrigens die Gegensätze aus dem Parlament lediglich in die Regierung verlegt worden wären und diese aktionsunfähig gemacht hätten, erklärte er, es sei nach Lage der Dinge nichts anderes übrig geblieben, als eine **Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts.** Auf diesen Standpunkt habe sich das ganze Kabinett einschließlich der demokratischen Minister Geßler und Hamm gestellt. Die demokratische Partei habe sich aber dem nicht angeschlossen und in erster Linie für ihre Stellungnahme außenpolitische Gründe vorgeschoben. Es laufe aber auf eine Täuschung des Auslandes hinaus, wenn man erkläre, daß nachdem die Räumung der 1. Zone im Januar bevorstehe, die Deutschnationalen jetzt noch nicht hinzugezogen werden könnten. Es gebe außerdem nichts ekelhafteres als die Einmischungen des Herrn Herriot in unsere inneren deutschen Angelegenheiten, die ohne die Berliner Großstadtpresse überhaupt nicht stattgefunden hätten. Bei der Haltung der Demokraten habe auch ein gewisser Doktrinarismus mitgespielt.

Aber darüber hinaus hätten ganz andere Fragen die entscheidende Rolle gespielt: Wenn man sage, Herr Wirth ist von den Toten auferstanden, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist gegründet worden, so handle es sich nur um äußere Erscheinungen. Seit der Revolution habe sich langsam das Schwergewicht von links nach der Mitte verschoben, wenn auch die Minderheitsregierungen immer wieder in die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gerieten. In dem Augenblick aber, wo die Deutschnationalen die Voraussetzungen für den Eintritt in die Regierung erfüllen würden, war es den Sozialdemokraten klar, daß dann das Ende ihrer Macht gekommen wäre. Die Sozialdemokraten seien für die sozialistische, nicht für die demokratische Republik. Das Ziel derer, die mit ihnen gehen, sei die Herstellung des Linksblocks. Darum gehe der Kampf. Die deutsche Volkspartei wolle eine reale nationale Politik nach außen und nach Innen treiben, im Innern eine Politik der wirtschaftlichen Gesundung, das heiße aber nichts anderes, als eine Liquidieruneg der Revolution. In der deutschen Volkspartei müßten sich die liberalen Elemente, die im Grunde immer zusammen gehört haben, zusammenschließen.

### Eine Erklärung der Demokraten

Zum Wahlkampf in Baden veröffentlicht die deutsch-demokratische Partei eine Erklärung „Zur **Abwehr**" folgenden Inhalts: „Das Karlsruher Tagblatt eröffnet den Wahlkampf mit der Behauptung, die **Deutsche Demokratische Partei sei schuld an der Auflösung des Reichstages.**

Der Gang der Ereignisse zeigt jedem Unvoreingenommenen, daß dies eine Entstellung der Tatsachen ist. Richtig ist:

1. Die Deutsche Demokratische Partei ist von Anfang bis zuletzt **gegen die Auflösung des Reichstages** gewesen.
2. **Sie stand stets geschlossen hinter der Regierung Marx-Stresemann.**
3. Sie will die jetzige **aufbauende Innen- und Außenpolitik ungestört weitergeführt haben.**

Also ist die **weitere Behauptung,** die Demokratische Partei sei „mit der Sozialdemokratischen Partei **innerlich eins geworden**" und sie bilde mit ihr **eine Front des Sozialismus", nichts anderes „als eine lächerliche Agitationsphrase".**

### Gießereitagung

Im Städtischen Konzerthause zu Karlsruhe vereinigten sich am gestrigen Sonntag etliche hundert Gießereifachleute aus dem Süden und Südwesten des Reiches zu einem Allgemeinen Gießereitag. Die Veranlassung hierzu hatte die **Landesvereinigung der Technische Vereine Badens** gegeben, die mit der gegenwärtigen Industrieausstellung zugleich ein wertvolles und willkommenes Anschauungsmaterial lieferte. Wie in allen Zweigen des Handwerks und der Industrie, so zeigt sich auch auf dem Gebiete des Schmelztiegels trotz der schlechten Zeiten ein ungebrochener vorwärtsstrebender Wille, welcher sich — der Pflichten des Wiederaufbaues bewußt, — zum Ziele setzt, der guten deutschen Qualitätsarbeit zum Siege zu verhelfen. Daß diese angesichts der Zeitverhältnisse überaus schwierige Aufgabe gelingen wird, dafür haben alle bisherigen Ausstellungen im engeren und weiteren Vaterlande den untrüglichen Beweis erbracht. Gerade das eiserne Muß, zu sparen an allen Ecken, hat Probleme aufgeworfen und der Lösung entgegengeführt, die sich umschreiben lassen mit dem Satze: Äußerste Ausnützung der Stoffe, also rationelle Betriebsführung! Und wer wollte bestreiten, daß auf diesem Wege in der Neuzeit Wunderwerke menschlichen Schaffens hervorgebracht wurden.

Die soeben angedeuteten Gesichtspunkte — Rohstoffersparnis und Qualitätsarbeit — bildeten auch den Untergrund der Gießereitagung und der dabei gehaltenen Vorträge. Letztere erheischen darum ein über das berufliche Feld hinausgehendes allgemeines Interesse. Nachdem der Vorsitzende der Landesvereinigung, Herr **Heinzelmann,** die zahlreich Erschienenen herzlich begrüßt hatte, sprach zunächst Professor Dr. **Paul Eitner** von der Technische Hochschule Karlsruhe über „Die Brennstoffe im Gießereibetrieb." Er machte uns mit der chemischen Zusammensetzung der Kohle und dem Verkokungsprozeß bekannt und ging dann auf die Beschaffenheit und Eigenschaften des für den gewöhnlichen Gießerebetrieb hauptsächlich in Betracht kommenden Kokses näher ein. Er schilderte den Unterschied zwischen Gaskoks und dem Koks der Kokereien und behandelte schließlich kurz die Gas- und Ölfeuerung. Direktor **Sipp** aus Mannheim erläuterte, an der Hand von Lichtbildern die Vorzüge des Lanzschen Perlitgußverfahrens, das ein probates Mittel zur Baustoffersparnis darstelle. Er zog überzeugende Vergleiche mit den sonstigen Gußmethoden. Der Redner knüpfte daran Bemerkungung allgemeiner Natur, deren Kernpunkt ein eindringlicher Appell an das Verantwortungsbewußtsein aller Werkangehörigen vom ersten bis zum letzten war. Jeder sollte bei Beendigung des Werkes mit Stolz von sich sagen können: Ich habe es mitgeschaffen! Ohne diesen Geist des Zusammenhalts fruchteten alle Reformen nichts. Direktor **Meese** benützte als Vorsitzender der Gruppe Baden des Vereins deutscher Eisengießereien die Gelegenheit, um Herrn Sipp für seine von sichtbarem Erfolg gekrönten Bestrebungen zur Veredelung der Gußmethode zu danken und fand dabei den lebhaften Beifall der Versammlung. Direktor **Keller** von der Berghütte Karlsruhe verbreitete sich in seinem Thema „Neuerungen aus dem Gebiete des Gießereiwesens" in anregender instruktiver Weise über spezielle Berufsfragen.

Hierauf begab man sich in die gegenüberliegende Ausstellungshalle, wo Herr Dipl. Ing. Dr. **Harms** vom Ausschuß für das deutsche technische Schulwesen die Teilnehmer in die Lehrfachausstellung einführte, nachdem er ihnen zuvor Zweck und Ziel des Ausschusses und die von ihm angewandte Lehrmethode erläutert hatte. Dem Rundgang durch die Ausstellung folgte ein gemeinsames Mittagessen und damit das Tagungsende. An dieser Stelle darf mit Genugtuung festgestellt werden, daß das Interesse für die Industrieausstellung ständig wächst und besonders der gestrige Sonntag einen sehr regen Besuch brachte, von den Gießereifachleuten ganz abgesehen. Dieser Erfolg ist dem Unternehmen wohl zu gönnen, um der guten Sache selbst willen und nicht zuletzt im Hinblick auf die Bedeutung, die der Technik für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und damit unseres Vaterlandes zukommt.

### Nachfolge Cortolezis

Als Generalmusikdirektor ist der bisherige Opernleiter in Nürnberg **Ferdinand Wagner** zum Beginn der nächsten Spielzeit an das **Badische Landestheater** berufen worden.

## Aus der Landeshauptstadt

### Eine Winzerstube in Karlsruhe

Unsere Landeshauptstadt hat seit Sonntag eine vom **Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften** eingerichtete Winzerstube, das erste derartige für einen größeren Konsumentenkreis bestimmte Unternehmen in Baden. In der Winzerstube, die in den Räumen des früheren Kaffees Tientsin in der Nähe des Bahnhofs am Stadtgarten eingerichtet wurde, sollen **nur naturreine badische Weine** offen, nicht in Flaschen, verschenkt werden und zwar ausschließlich Gewächse aus unserer Edelrebe, nicht aus der Amerikanerrebe. Am Sonntag fand die **Eröffnungsfeier** statt, an der als Vertreter des Ministeriums des Innern Ministerialdirektor **Cronberger** und als Vertreter der Landwirtschaftskammer Direktor **Müller,** bekanntlich einer der hervorragendsten Weinkenner Deutschlands, teilnahmen.

Nach Vorträgen des Zitherklubs und des Hans-Sachs-Quartetts der „Concordia"-Karlsruhe, sprach Verbandsdirektor **Schön,** der den wirtschaftlichen Kampf eines wichtigen badischen Berufsstandes, der Winzer schilderte. Unsere Weinbaugebiete zeigen nicht die Wohlhabenheit des übrigen Landes. Aber die Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer habe gezeigt, daß der badische Weinbau doch noch eine Zukunft habe. Bedingung hierfür sei freilich, daß die Winzer einen richtigen Absatz finden. In dieser Winzerstube soll dem Großstadtpublikum gezeigt werden, welch gute Tropfen unsere Rebberge hervorbringen. Es soll hier zu ganz billigen Preisen ein ganz unverfälschter Trunk ausgeschänkt werden, und die Genossenschaften sind dadurch, daß sie nun auch in der Kleinabgabe direkt in Verbindung mit den Konsumenten treten in der Lage, korrigierend bei übermäßigen Preissteigerungen zu wirken und darzutun, zu welchem Preis man Weine verkaufen kann. Außerdem soll gezeigt werden, daß im Land Baden ein guter Wein wächst.

Einen historischen Rückblick zur Gründung der Winzerstube gab Herr **Heeb,** der zunächst die Schwierigkeiten der badischen Weinprgduzenten schilderte. Die Idee des genossenschaftlichen Zusammenschlusses stamme aus den Sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, in Baden habe um sie der Pfarrerdichter Hansjakob (1881), die ersten Verdienste, doch sei darin später ein Stillstand eingetreten und erst in den letzten 4 bis 5 Jahren seien neue Fortschritte gemacht worden. Sehr hätten seit jeher die Genossenschaften mit dem Widerstand des Weinhandels zu kämpfen, der vielfach vor Boykottmaßnahmen nicht zurückschreckte. Die Genossenschaften kaufen grundsätzlich **nur die Trauben auf** und seien somit in der Lage, die absolute Reinheit des Weines zu garantieren.

Die Eröffnungsfeier nahm dann unter weiteren Darbietungen der obengenannten musikalischen Vereine einen recht schönen Verlauf, wobei auch die trefflichen Tropfen, welche die Weinkarte aufzeigt, geprobt wurden. Die Weinkarte enthält 21 Weine von 7 bad. Genossenschaften im Preise von 80 Pfennig bis 1 Mark das Viertel. Die Winzerstube ist als „Bauernschänke" sehr freundlich und gemütlich eingerichtet. Ihr hervorragendster Schmuck sind mehrere Gemälde von **Eichrodt,** darstellend Meersburg, die Reichenau mit den Hegauer Bergen, Breisach und eine Szenerie im Weinkeller.

**Seinen 89. Geburtstag** feierte am Samstag der langjährige Chefarzt der evangelischen Diakonissenanstalt, Medizinalrat Dr. Wilhelm Bähr.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

| | 27. Okt. | | 24. Okt. | |
|---|---|---|---|---|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 164.99 | 165.81 | 164.79 | 165.11 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 71.92 | 72.28 | 72.29 | 72.65 |
| Italien . . 100 L. | 18.05 | 18.15 | 18.22 | 18.32 |
| London . . 1 Pfd. | 18 85 | 18.92 | 18.84 | 18.93 |
| Newyork . 1 D. | 4.19 | 4.21 | 4.19 | 4.21 |
| Paris . . 100 Fr. | 81.82 | 81.92 | 21.92 | 22.02 |
| Schweiz . 100 Fr. | 80.62 | 81.02 | 80.67 | 81.07 |
| Wien 100 000 Kr. | 5.91 | 5.94 | 5.91 | 5.95 |
| Prag . 100 Kr. | 12.49 | 12.50 | 12.50 | 12.56 |

Zuteilung überall 100 Prozent

**Reichsbankausweis.** Der erste nach dem am 11. Okt. erfolgten Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes ausgegebene Reichsbankausweis vom 15. Okt. 1924 ist in Aktiven und Passiven **einheitlich auf Reichsmark** aufgestellt, wobei die bisherigen Billionen- und Rentenmarkscheine einer Reichsmark gleichgesetzt wurden. Der **Goldbestand** beträgt 614 Millionen Reichsmark. Die den Notenumlauf deckenden, aus dem Devisenbestand nach dem Bankgesetz ausgesonderten sogenannten **deckungsfähigen Devisen** betragen 205 Millionen Reichsmark. Der Notenumlauf von 1397 Millionen Reichsmark ist somit effektiv durch Gold mit 43,9 Prozent, einschließlich der deckungsfähigen Devisen mit 58,6 Prozent gedeckt.

**Abnahme der Konkurse usw.** Nach einer Meldung aus **Berlin** ist eine weitere Abnahme der Konkurse und Geschäftsaufsichten zu verzeichnen. Die Zahl der Konkurse betrug im Juli 1125, im August 895, im September 850. Geschäftsaufsichten wurden eröffnet im Juli 967, August 484, September 301.

**Kohlenüberfluß in Belgien.** „Libre Belge" zufolge wird angesichts der großen Kohlenvorräte die Frage erörtert, ob man nicht einen Tag Feierschicht je Woche in den Gruben des Beckens von Charleroi einführen soll.

## Verschiedenes

### Der Flug des „Shenandoah

WTB. **Lakehurst,** 27. Okt. Das Luftschiff **„Shenandoah"** erreichte nach Zurücklegung von 9000 Meilen auf seiner Fahrt zur Pazifischen Küste und zurück heute morgen den **Heimathafen.** Die vier Schiffsoffiziere, die mit höchster Anerkennung über die Leistung des Schiffes sprechen, erklärten, der Flug beweise, daß die Luftschiffe für Handelszwecke dienstbar gemacht werden könnten.

## Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat **November** noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

**Reichstagswahl.**

Auf die Bestimmungen des § 15 des Republikschutzgesetzes wird hingewiesen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl werden die auf Grund der Republikschutzgesetzgebung ausgesprochenen Verbote von Vereinen und Vereinigungen vorübergehend außer Kraft gesetzt. Der Zeitpunkt, an welchem die Verbote wieder in Geltung treten, bleibt besonderer Verfügung vorbehalten.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1924.

**Der Minister des Innern**
**Remmele**

# Zentral-Handels-Register für Baden.

**Baden.** Y.2

Handelsregistereintrag Abt. A, Bd. III, O.-Z. 12: Firma **Schnurr & Zimmermann** in Baden-Baden. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 22. September 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind Josef Schnurr und Josef Zimmermann, beide Schlosser in Baden-Baden. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 22. September 1924 begonnen. Bei Rechtsgeschäften bis zum Betrag von 200 Goldmark ist jeder Gesellschafter für sich allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und deren Firma zu zeichnen.

O.-Z. 43: Firma **Engels & Co.** in Baden-Baden. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 14. Oktober 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind Dr. jur. Josef Paul Schmitt, Kaufmann in Bonn, und Hans Engels, Fabrikant in Remscheid (Bankgeschäft, Sofienstr. 33).

Bd. I O.-Z. 113 Firma **Alois Mende** in Baden-Baden: Die Firma ist erloschen.

Baden, 23. Okt. 1924.
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Baden.** Y.10

Handelsregistereintrag Abt. B, Band II O.-Z. 47 Firma **Großeinkaufs-Aktiengesellschaft mittelbadischer Kolonialwarenhandlungen** in Baden-Baden: Dem Kaufmann August Glattfelder in Baden-Baden ist Prokura erteilt dergestalt, daß derselbe berechtigt ist, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten und deren Firma zu zeichnen.

Baden, 23. Sept. 1924.
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Baden.** Y.19

Die im hiesigen Handelsregister Abt. A, Bd. II O.-Z. 538 eingetragene Firma **August Drucker & Comp. Nachf.** in Sinzheim soll von Amtswegen gelöscht werden. Dem eingetragenen Inhaber Kaufmann Eugen Nikolaus Güßbacher, zuletzt in Sinzheim bei Baden, wird zur Geltendmachung eines Widerspruchs eine Frist von drei Monaten bestimmt.

Baden, 17. Okt. 1924.
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Baden.** Y.20

Handelsregistereintrag Abt. B Bd. II, O.-Z. 42: Firma **Badische Handelsbank, Aktiengesellschaft** in Baden-Baden: Bankier Josef Friedrich Waldschütz in Pfullendorf ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Baden, 9. Okt. 1924.
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Bonndorf.** X.929

Handelsregistereintrag A O.-Z. 190: Firma **Emil Zwigard,** Ühlingen. Inhaber Emil Zwigard, Kaufmann in Ühlingen.

**Bad. Amtsgericht Bonndorf.**

**Bruchsal.** X.935

Ins Handelsregister B Band II O.-Z. 1 wurde zu Firma **W. Spitz Gesellschaft mit beschr. Haftung, Holzgroßhandlung,** in Bruchsal eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Walter Weiß, jetzt in Karlsruhe wohnhaft, ist beendigt.

Bruchsal, 17. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Bühl.** Y.22

Handelsregistereintrag Abt. B Band I O.-Z. 25 zu Firma **Ziegelwerke Hettler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Steinbach. Anstelle des durch Tod ausgeschiedenen Geschäftsführers Albert Hettler, Ziegeleibesitzer in Steinbach, wurde Kaufmann Alfred Hettler in Karlsruhe als Geschäftsführer mit dem Recht der Alleinvertretung bestellt.

Bühl, den 18. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht II.**

**Durlach.** Handelsregister A. Eingetrag. am 20. Okt. 1924 zu Firma: **Wilhelm Kappler und Sohn** mit Sitz in Durlach. Kaufmann Emil Kappler Ehefrau Luise geb. Wurch in Durlach ist jetzt Inhaberin der Firma. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch die Ehefrau Emil Kappler ausgeschlossen. Dem seitherigen Firmeninhaber Kaufmann Emil Kappler in Durlach ist Prokura erteilt. **Amtsgericht.** X.930

**Engen.** Y.23

Handelsregistereintrag von heute: Abt. A O.-Z. 2 bei Firma **Nepomuk Riff** in Möhringen: Das Geschäft ist infolge Ablebens des seitherigen Inhabers Johann Nepomuk Riff in Möhringen am 25. November 1923 auf dessen Alleinerbin, nämlich seine Witwe Walburga, geb. Groß, in Möhringen übergegangen, die das Geschäft unter der Firma Johann Nepomuk Riff, Kaufmanns Witwe, gemischtes Warengeschäft in Möhringen (Baden) weiterführt.

Engen, den 10. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Ettlingen.** X.931

Im Handelsregister A ist zur Firma **Albert Weismantel,** Langensteinbach, eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Ettlingen, 20. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Karlsruhe.** Y.25

In das Handelsregister B Band IX O.-Z. 58 ist

zur Firma **Süddeutsche Dampf-, Obst- und Wein-Brennerei B. Odenheimer Aktiengesellschaft**, Karlsruhe, eingetragen: Siegfried Weiner, Rechtsanwalt, Karlsruhe ist aus dem Vorstand ausgeschieden.
Karlsruhe, 17. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Karlsruhe.** Y.26
In das Handelsregister B Band VII O.-Z. 28 ist zur Firma **Adolf Speck, Aktiengesellschaft, Zuckerfabriken**, Karlsruhe, eingetragen: Karl Schindler, Bankprokurist, Karlsruhe, ist als weiteres Vorstandsmitglied bestellt.
Karlsruhe, 18. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Karlsruhe.** Y.27
In das Handelsregister B Band VIII O.-Z. 22 ist zur Firma **Badische Holzhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung** Karlsruhe eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 1. September 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Kaufmann Josef Bozung, Landau, ist alleiniger Liquidator.
Karlsruhe, 21. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Karlsruhe.** Y.28
In das Handelsregister B Band II O.-Z. 58 ist zur Firma **Deutsche Praeposit-Werke Karlsruhe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 16. Oktober 1924 wurde die Firma geändert in: Deutsche Praeposit-Werke Ettlingen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Daniel Cahmann ist beendet, an dessen Stelle ist Kaufmann Manfred Wachenheimer, Karlsruhe, als Geschäftsführer bestellt.
Karlsruhe, 22. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Karlsruhe.** Y.29
In das Handelsregister B Band VII O.-Z. 59 ist zur Firma **Bernhard Würzburger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschafterbeschluß vom 20. Oktober 1924 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 25 000 Goldmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in § 5 entsprechend der Kapitalumstellung geändert.
Karlsruhe, 23. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Karlsruhe.** Y.30
In das Handelsregister A ist eingetragen:
Zu Band I O.-Z. 256 zur Firma **Hermann Oertel**, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen.
Zu Band II O.-Z. 43 zur Firma **Friedrich Kohm**, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen.
O.-Z. 121 zur Firma **Peter Kempermann & Cie.**, Karlsruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma ist erloschen.
Zu Band III O.-Z. 283 zur Firma **Josef Wertheimer & Sohn**, Karlsruhe: Die Prokura des Heinrich Neidhart ist erloschen.
Zu Band IV O.-Z. 148 zur Firma **Ida Reichelt**, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen.
Zu Band VII O.-Z. 113 zur Firma **Maschinenfabrik Schumacher & Co.**, Karlsruhe-Mühlburg: Die Firma ist erloschen.

Zu Band VIII O.-Z. 44 zur Firma **Karl Friedrich Albrecht**, Karlsruhe: Prokura: Helene Zobel, Prokuristin, Karlsruhe.
O.-Z. 104 zur Firma **Paul v. Glöckler & Co.**, Karlsruhe: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Paul Karl v. Glöckler ist alleiniger Inhaber der Firma.
O.-Z. 121 Firma und Sitz: **Wilhelm Friedrich Kammerer**, Graben (Hauptstraße 178). Einzelkaufmann: Wilhelm Friedrich Kammerer, Kaufmann, Graben.
Karlsruhe, 24. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht B 2.**

**Lahr.** X.995
Handelsregistereintrag Lahr B 57: Firma **„Lora" G. m. b. H.** in Lahr. Die Prokura des Philipp Bauer in Basel ist erloschen.
Lahr, 20. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Lahr.** X.996
Handelsregistereintrag Lahr A Bd. I 314: Firma **Carl Nestler** in Lahr. Dem Kaufmann Christian Nestler in Lahr ist Einzelprokura und den Kaufleuten Hans Nestler und Franz Abt, beide in Lahr, Gesamtprokura erteilt.
Lahr, 20. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Mosbach.** X. 997
Zum Handelsregister A wurde als neue Firma eingetragen: **„Seikro Gesellschaft Schmitt & Co.** in Mosbach" offene Handelsgesellschaft. Inhaber sind die Kaufleute Wilh. Kapferer u. Karl Schmitt, beide in Mosbach. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1924 begonnen.
Mosbach, 17. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Pfullendorf.** Y.24
Im Handelsregister A Band I wurde zu O.-Z. 53 — Firma **Mauch & Winkler, chemisch-technische Produkte** in Pfullendorf heute eingetragen: Der persönlich haftende Gesellschafter Josef Winkler, Kaufmann in Pfullendorf, ist aus der Gesellschaft ausgetreten. Karl Mauch, Kaufmann in Pfullendorf führt das Geschäft auf eigene Rechnung unter der Firma „Karl Mauch in Pfullendorf" weiter.
Pfullendorf, 23. Okt. 1924.
**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Radolfzell.** X.998
Zum Handelsregister B Band II O.-Z. 9 ist die Firma **Elektro-Heizapparate-Werke, G. m. b. H.** in Rielasingen eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die vollständige oder teilweise Herstellung elektr. Heiz- und Kochapparate, sowie elektrischer Maschinen und Apparate, ferner der Großvertrieb solcher Artikel für eigene und fremde Rechnung, sowie die Ausnützung von Schutzrechten. Stammkapital 5000 GM. Geschäftsführer: Josef Melcher, Techniker in Karlsruhe-Mühlburg und Karl Leuser, Kaufmann in Freiburg i. Br., Zasiusstr. 41. Jeder Geschäftsführer ist für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Der Vertrag ist errichtet am 15. September 1924.
Radolfzell, 16. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**

**Radolfzell.** X.971
Zum Handelsregister A Band II O.-Z. 119 ist die Firma **Friedrich Schmid, Metallgießerei**, Singen, eingetragen. Inh.: Friedrich Schmid, Gießermstr. in Singen a. H.
Radolfzell, 17. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**

**Radolfzell.** X.972
Zum Handelsregister A Band II O.-Z. 120 wurde die Firma **Ottmar Graf & Co.** in Singen a. H. eingetragen. Offene Handelsgesellschaft seit 1. 6. 1924, für Fabrikation von Lederwarenartikeln und für Unterhaltung einer Kinderwagen-Reparatur-Werkstätte. Persönlich haftende Gesellschafter: Ottmar Graf, Kaufmann und Josef Wiegisser, Sattlermeister, beide in Singen a. H.
Radolfzell, 17. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**

**Schönau i. W.** X.982
Handelsregistereintrag A Band I zu O.-Z. 274 (Firma **Eichin & Klingele** in Todtnau): Die Firma ist in **Fritz Eichin** geändert.
Schönau i. W., den 13. Oktober 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Schönau i. W.** X.999
Handelsregistereintrag A Band I unter O.-Z. 156a: Firma **Rudolf Kunzelmann Söhne** in Todtnau. Gesellschafter: Gustav Kunzelmann, Baumeister; Josef Kunzelmann, Zimmermeister, Adolf Kunzelmann, Kaufmann, alle in Todtnau. Rechtsverhältnisse: Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 30. September 1924 begonnen. Erwerbszweig: Baugeschäft mit Baumaterialienhandlung, Sägewerk mit Holzhandlung.
Schönau i. W., den 17. Oktober 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Schönau i. W.** X.1000
Heute wurde in das Handelsregister Abt. B Band I unter O.-Z. 24 eingetragen: Firma **Schwarzwälder Holzwarenwerke Gesellschaft mit beschränkt. Haftung** in Präg. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung und der Vertrieb von Haushaltungsartikeln aus Holz und von sonstigen Holzwaren, der Betrieb eines Elektrizitätswerks in Präg, der Betrieb eines Sägewerkes in Präg, insbesondere die Übernahme und der Fortbetrieb der von Kaufmann Reinhard Dietsche in Bernau und Elektrotechniker Hermann Klöber in Todtnau bisher innegehabten Holzwarenwerke mit Elektrizitätswerk und Sägewerk in Präg. Das Elektrizitätswerk dient in der Hauptsache der Versorgung der Gemeinden Präg, Herrenschwand und Todtmoos-Weg mit Licht und Kraft. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Geschäftsführer sind: Reinhard Dietsche, Kaufmann in Bernau und Hermann Klöber, Elektrotechniker in Todtnau. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 18. März 1924 abgeschlossen und am 18. August 1924 geändert worden. Das Stammkapital beträgt 5000 GM. Auf das Stammkapital bringen die Gesellschafter Reinhard Dietsche, Kaufmann in Bernau und Hermann Klöber, Elektrotechniker in Todtnau als ihre Stammeinlage folgende, ihnen je zur Hälfte gehörende Gegenstände in die Gesellschaft ein: 1. Holzvorräte im Werte von 2100 GM., 2. fertige Holzwaren im Werte von 700 GM., 3. halbfertige Holzwaren im Werte von 500 GM., 4. Außenstände im Betrage und Werte von 1500 Goldmark, 5. Guthaben auf Postscheckkonto im Betrage von 70 Goldmark, 6. Bankkonto und Barvorräte im Betrage von 300 GM. Zusammen 5170 GM. Hiervon ab die von der Gesellschaft zu übernehmenden Geschäftsschulden der bisherigen Holzwerke Präg im Gesamtbetrage von 170 GM. Das reine Sacheinbringen beträgt somit 5000 GM. Hiernach sind die Stammeinlagen der Gesellschafter geleistet. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in den Wiesentäler Nachrichten in Schönau.
Schönau i. W., den 19. Oktober 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Schönau i. W.** Y.31
Handelsregistereintrag A Band I zu O.-Z. 281 (**Todtnauer Bürstenfabrik Keller & Co., Kommanditgesellschaft** in Todtnau): Anstelle der bisherigen 2 Kommanditisten ist einer getreten.
Schönau i. W., den 14. Oktober 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Schwetzingen.** X.931
Handelsregistereintrag A Band III zu O.-Z. 143 — **Kopp & Co.** in Schwetzingen — Kaufmann Heinrich Volz in Schwetzingen ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
Schwetzingen 17. 10. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**

**Triberg.** Y.32
Handelsregistereintrag A Band II O.-Z. 90: **„Ludwig Thalbauer** in Hornberg. Inhaber ist: Ludwig Thalbauer, Kaufmann in Hornberg. Geschäftszweig: Uhren-Im- und -Export
Triberg, 22. Okt. 1924.
**Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.**

**Überlingen.** X.939
Zu O.-Z. 123 des Handelsregisters Abt. A, Bd. I, betr. die Firma **J. Zimmermann zum guten Glas** in Sipplingen wurde eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Überlingen, 15. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Waldshut.** Y.1
Handelsregistereintrag A Band II O.-Z. 37 Firma **„Walter Fr. Winkler** in Jestetten". Inhaber Kaufmann Walter Friedrich Winkler in Jestetten. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Benzin, Öl und Kohlen.
Waldshut, 23. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Weinheim.** X.940
Zum Handelsregister A Band II O.-Z. 73 wurde eingetragen: Die Firma **„Heinrich Stahl & Co."** in Weinheim, offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1924 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter: Fräulein Margareta Metz, Heinrich Stahl, Kaufmann, beide in Neckarhausen, Geschäftszweig: Großhandel mit Fahrrädern, Motorrädern und deren Ersatzteilen.
Weinheim, 14. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**

**Wertheim.** Y.33
Zum Handelsregister A O.-Z. 196: zur Firma **Elektrizitäts- und Sägewerk Otto Langguth** in Wertheim wurde eingetragen: Die Prokura des Betriebsingenieurs Friedrich Grosse in Wertheim ist erloschen. Die Firma ist erloschen.
Wertheim, 20. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Wolfach.** X.925
In das Handelsregister A Band I Nr. 143 wurde bei Firma **Haas & Bulacher**, Wolfach, eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Die Liquidation erfolgt durch die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter Josef Haas sen. und Erwin Haas in Wolfach. Jeder von ihnen kann die zur Liquidation erforderlichen Handlungen allein vornehmen.
Wolfach, 21. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Wolfach.** Y.34
Im Handelsregister A I Nr. 265 wurde bei Firma **Heinrich Ziegler**, Weinhandlung in Haslach eingetragen: Die Prokura des Eugen Ziegler ist erloschen.
Wolfach, 25. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

**Wolfach.** Y.35
In das Handelsregister A I Nr. 267 wurde bei Firma **„Bankhaus Andreas Vogt**, Haslach i. K." eingetragen: Die Firma ist mit Aktiven und Passiven seit 15. Oktober 1924 übergegangen auf Hans Vogt, Bankbeamter in Steinach i. K.
Wolfach, 25. Okt. 1924.
**Amtsgericht.**

# Bürgerl. Rechtspflege

## a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Y. 37. **Pforzheim.** Über das Vermögen des **Nikolaus Deutsch**, Inhaber der Firma Nikolaus Deutsch, Automobilgeschäft in Pforzheim, Grenzstraße 3, wird heute am 16. Oktober 1924, nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.
Der Gerichtsoberverwalter a. D. Max Lohrer in Pforzheim, Schulberg 1, wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1924 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag, den 14. November 1924, vormittags 11 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 19. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr.**
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Dezember 1924 Anzeige zu machen.
Pforzheim, 16. Okt. 1924.
**Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Abteilung A III.**


**Karlsruher Speditionsgesellschaft m. b. H.**
(vormals Carl Lassen)
Kaiserstraße 148 KARLSRUHE Telephon 4949 und 4950
Filiale Wintersdorf (Baden), Hauptstraße 17, Telephon Rastatt 521
Internationale Transporte, Sammelladungs-Verkehre, Großtransporte, Versicherungen
Lagerhallen mit Gleisanschluß Rollfuhrbetrieb Autotransporte

**Drucksachen für die Reichstagswahl**
Flugblätter, Plakate usw.
fertigt in kürzester Frist
**G. Braun**
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag G. m. b. H.
Karlfriedrichstraße 14 **Karlsruhe** Telefon Nr. 952, 953, 954

**Badisches Landestheater.**
Montag, 27. Okt. 7½ b. n. 9 Uhr. 3.—, 2.—, 1.—.
**Musikalische Abendfeier** des
**Rheinischen Streichquartetts.**
Werke von Schumann, Weismann und Gliere.

**Kammerspiele im Künstlerhaus.**
Montag, 27. Okt. 7½ b. n. 9 Uhr. Saal M. 4.-, 3.-, 2.-.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—600.
**Strindberg-Abend.**
**Der Scheiterhaufen.**

**Badisches Landestheater.**
Dienstag, 28. Oktober. 7½—10½ Uhr. Sp. I M. 3.50.
**Zu halben Preisen:**
**Undine.**


**Mosbach.** X.998
Zum Vereinsregister Band I Nr. 8 wurde eingetragen: Der Name des Obstbauvereins Mosbach ist in **„Kreisobstbauverein Mosbach"** umgeändert.
Mosbach, 20. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht.**

**Offenburg.** X.930
Vereinsregistereintrag Band I O.-Z. 60: **Automobil-Club Schwarzwald** mit dem Sitz in Offenburg.
Offenburg, 13. Okt. 1924.
**Bad. Amtsgericht I.**


RCB GEGR. 1870
Wir besorgen alle bankgeschäftlichen Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern
D.553
RCB GEGR. 1870
**RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE**
HAUPTGESCHÄFT KAISERSTR. 90 ECKE RITTERSTR. • ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTR. 44 • DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF)



Druck G. Braun, Karlsruhe.